

Wirtschaft und Arbeit

Für eine gerechte Verteilung des Reichtums: Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verteidigen

Jedes errichtete Gebäude, jede bestehende Schule und jeder Reichtum, in unserer Gesellschaft, sind das Ergebnis der harten Arbeit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, seien es Freiwillige, Angestellte im Privatsektor oder Beamte. Diese Mehrheit, die unsere Welt am Laufen hält, erhält jedoch nur einen winzigen Teil der Gewinne aus ihren Leistungen. Wie die COVID-19-Pandemie gezeigt hat, sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar. Daher sollten sie den größten Teil der Früchte ihrer Arbeit erhalten.

Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Bei jeder Krise, sei es eine wirtschaftliche, pandemische oder ökologische, sind es immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als Anpassungsvariable dienen. Seit ihrer Gründung steht die Sozialdemokratische Partei des Kantons Freiburg (PSF) auf der Seite der arbeitenden Mehrheit. Arbeit darf nicht entfremdend sein und jeder Mensch muss von seiner Arbeit anständig leben können.

- ➔ Die Einführung eines **kantonalen Mindestlohns** ist unerlässlich, um allen eine angemessene Entlohnung zu garantieren, die es ihnen ermöglicht, von ihrer Arbeit in Würde zu leben. Kein Mensch, der zum Wohlstand dieses Kantons beiträgt, sollte auf Sozialhilfe angewiesen sein, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.
- ➔ Bei allen Entscheidungen, welche die Arbeitswelt betreffen, sollten die Interessen der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an erster Stelle stehen. Daher müssen die kommunalen und kantonalen Behörden **die Organisationen konsultieren, die das Personal in den Sektoren vertreten**, die von einer Entscheidung des Gemeinde- oder Staatsrats betroffen sind.
- ➔ Zu viele Unternehmen entscheiden, selbst wenn sie Gewinne erzielen, ihre Standorte zu verlagern und zu opfern, nur um ihre Profite zu steigern. Wenn ein Unternehmen eine Produktionsstätte verkaufen will, sollten die Beschäftigten ein **Arbeiter-Vorkaufsrecht** haben, das es ihnen ermöglicht, ihre Arbeitsmittel zurückzukaufen und das Unternehmen weiterzuführen.
- ➔ **Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38 Stunden bei unverändertem Lohn.** Weniger arbeiten, damit alle Arbeit haben, und zwar bessere Arbeit: eine soziale, feministische und ökologische Notwendigkeit.

Für ein Wirtschaftssystem im Dienste der Gesellschaft und des Planeten

Die Wirtschaft muss im Dienste der Gesellschaft und des kollektiven Wohlergehens stehen. In dieser Funktion trägt sie eine große Verantwortung, da sie jedem und jeder ein menschenwürdiges Leben sichern muss. Das bedeutet natürlich, dass Arbeit fair bezahlt werden muss, aber auch, dass die Wirtschaft eine soziale und klimatische Verantwortung trägt. Es ist daher dringend notwendig, von einem profitorientierten System zu einem bedürfnisorientierten System überzugehen. Aus diesem Grund muss der Staat

Rahmenbedingungen für die Beschäftigung schaffen und die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der kantonalen Wirtschaft sicherstellen.

In den letzten Jahren hat der technologische und soziale Wandel zu großen und schnellen Veränderungen in der Arbeitswelt geführt, wie z.B. die Plattformökonomie oder die Einführung der künstlichen Intelligenz. Diese Maßnahmen schwächen erneut die prekärsten Arbeitsplätze. Es ist notwendig, dass der Staat diesen Menschen hilft und klare Regeln für die neuen Entwicklungen im Wirtschaftssystem aufstellt.

- ➔ Einführung einer Unternehmensverantwortung entlang der Zuliefererketten und Forderung nach sozialer und ökologischer Transparenz in den Wertschöpfungsketten von Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten
- ➔ Aktive Unterstützung von Weiterbildung und beruflicher Neuorientierung insbesondere durch Ausbau der Möglichkeiten für Kernberufe
- ➔ Die Relokalisierung der Produktion und die Aufwertung kurzer Wege unterstützen.
- ➔ Öffentliche Anerkennung und Unterstützung von Unternehmensstrukturen, die der «Sozial- und Solidarwirtschaft» entsprechen (mit sozialer und/oder ökologischer Wirkung, begrenzte Gewinnerzielung und demokratische Unternehmensführung)
- ➔ Eine integrative Gesellschaft sollte darauf abzielen, alle Menschen in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren und ihnen ein angemessenes Einkommen zu garantieren, was angemessene Vorkehrungen und Unterstützungsmassnahmen erfordert

Bildung und Ausbildung

Bildung ist die Basis des gesellschaftlichen Lebens, der Zugang zu Bildung ein grundlegendes Menschenrecht. Sie spielt eine wesentliche Rolle, wenn jeder und jede Einzelne Urteilsfähigkeit entwickelt, Freiheit und Rechte ausüben sowie den anderen, sich selbst und die Welt um uns herum verstehen lernt. Die allgemeine und berufliche Bildung ist nach wie vor fast ausschliesslich in öffentlicher Hand. Die Bildungspolitik wird daher stark vom politischen Kontext beeinflusst. So schwächt eine Finanzpolitik, die nicht in der Lage ist, ausreichende und dauerhafte Ressourcen zu sichern, das Bildungssystem und gefährdet seine langfristige Wirkung.

Für lebenslanges Lernen

Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, sich ein Leben lang weiterzubilden, unabhängig von Herkunft, Werdegang oder Erstausbildung. Bildung muss für alle finanziell tragbar sein. Der Staat muss besondere Anstrengungen unternehmen, um junge Menschen unabhängig von ihrem Bildungsweg auszubilden. Die Schule muss soziale Ungleichheiten abbauen und nicht verstärken. So muss die Chancengleichheit in der Bildung gewährleistet werden, indem erhebliche Mittel für Personen mit einer schwierigen oder lückenhaften Schullaufbahn bereitgestellt werden. Besondere Sorgfalt muss auch auf den Eintritt in die obligatorische Schule gelegt werden, damit dieser möglichst chancengleich erfolgt. Jeder Jugendliche soll die Möglichkeit haben, eine Berufsausbildung zu absolvieren oder ein eidgenössisches Maturitätsniveau zu erreichen.

Die Hochschulen, allen voran die Universität, befinden sich derzeit in einem Abwärtstrend. Der Kanton muss schnell reagieren und eine konsequente Finanzierung sicherstellen, um Freiburg wieder einen Spitzenplatz auf der Landkarte der tertiären Studien in der Schweiz zu verschaffen.

- ➔ Die Einrichtung und Mitfinanzierung von inklusiven Angeboten zur frühkindlichen Förderung in jedem Schulkreis, insbesondere zum Erwerb der notwendigen Grundkompetenzen in der Schulsprache aber auch zur Förderung der Sozialkompetenzen.
- ➔ Die Einrichtung von Alphabetisierungskursen, die allen offen stehen und einen möglichst niederschweligen Zugang im gesamten Kantonsgebiet ermöglichen.
- ➔ Die Ausweitung der obligatorischen Schulzeit bis zum Ende der Sekundarstufe II mit dem Ziel, dass 95% aller Schulabgänger:innen einen Abschluss erreichen.
- ➔ Eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Universität und die Hochschulen, um die Attraktivität des Kantons im Bereich der tertiären Bildung, insbesondere in seinen besonderen Kompetenzbereichen, zu erhalten und auszubauen.
- ➔ Der Ausbau des Systems der Ausbildungsbeiträge. Stipendien sollen es allen ermöglichen, eine sekundäre oder tertiäre Ausbildung zu absolvieren, auch im Rahmen einer Umschulung.

Für eine fortschrittliche und inklusive Schule

Die Freiburger Schule ist für ihre Qualität und Effizienz bekannt. Das Ziel der inklusiven Schule und die Entwicklung der digitalen Bildung stellen sie vor grosse Herausforderungen. Entwicklungen dürfen nicht auf Kosten des Schulsystems gehen.

Der Staat muss erhebliche Mittel für Schülerinnen und Schüler mit Lern-, Verhaltens- oder Integrationsschwierigkeiten bereitstellen.

Die Schule muss auch das „gute Zusammenleben“ fördern, und zwar durch Präventions- und Interventionsprogramme gegen Mobbing, Rassismus, Sexismus oder jede Form von Diskriminierung.

Inklusive Bildung umfasst auch die Erziehung zur Inklusion, und zwar bereits ab dem frühesten Kindesalter, um eine wirklich inklusive Gesellschaft aufzubauen. Darüber hinaus werden alle Kinder während ihrer Schulpflicht regelmässig für die häufigsten Formen von Behinderungen sowie für verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen, sensibilisiert. Soziale Kompetenzen werden durch das tägliche Leben in der Klasse und in der Schule gestärkt und gefestigt. Um dies zu erreichen, sind mehrere Massnahmen erforderlich: Geeignete Räumlichkeiten, entsprechend geschultes Lehrpersonal und geeignetes inklusives Unterrichtsmaterial.

Die Schulbehörden müssen anstreben die Schule so weiterzuentwickeln, dass sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Eltern und Lehrkräfte respektiert bleiben. Das kann gelingen, wenn die verschiedenen Akteure der Schule in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

- ➔ Eine massive Erhöhung des Personalbestands an Stützlehrern und Stützlehrerinnen, die über eine entsprechende Ausbildung verfügen.
- ➔ Die Umsetzung einer umfassenden digitalen Bildung, mit einem starken Fokus auf die Entwicklung von kritischem Denken gegenüber Netzwerken, die Informationen verbreiten.
- ➔ Eine Politik der digitalen Ausstattung von Schülerinnen und Schülern, die sich gleichzeitig um deren Gesundheit sorgt und der Nachhaltigkeit Rechnung trägt.
- ➔ Die Begleitung der Lehrerinnen und Lehrer in einem Berufsumfeld, dass ständigen Entwicklungen unterworfen ist durch angemessene Weiterbildungen, die vom Staat als Arbeitgeber gefördert und anerkannt sind.

Für eine kinder- und elternfreundliche Schule

Die Schule muss ein Partner der Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben sein. Sie muss aber auch den natürlichen Rhythmus der Menschen, die sie besuchen, besser berücksichtigen. Die Schulferien sollen nicht mehr zwingend nach dem religiösen Kalender festgelegt werden, sondern vielmehr im Wechsel von acht Arbeitswochen und zwei freien Wochen organisiert sein. Die Länge der Sommerferien muss überdacht werden. Die Schule muss - mehr als jeder andere öffentliche Ort - eine gesunde Umgebung bieten; die Werte der Nachhaltigkeit müssen bei der Planung, der Gestaltung und dem Betrieb dieser Orte im Mittelpunkt stehen.

- ➔ Ausserschulische Betreuungsangeboten sind auszubauen; sie müssen allen Eltern effektiv und finanziell zugänglich sein.

- ➔ Die Einführung eines durchgehenden Stundenplans in den Schulen.
- ➔ Eine Überarbeitung des Schulkalenders, damit dieser Lernrhythmen berücksichtigt.
- ➔ Ein Nachdenken über die optimalen Anfangs- und Endzeiten des Schultages je nach Alter der Schülerinnen und Schüler.
- ➔ Der Bau und die Einrichtung von nachhaltigen Schulen sowie ein Angebot von gesunden, lokalen und saisonalen Lebensmitteln in den Schulkantinen.
- ➔ Die Gewährleistung einer inklusiven Betreuung in allen familienergänzenden Einrichtungen ist eine Verpflichtung, die sich aus der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung (BRK) ergibt

Klima & Umwelt

Die ökologische Abzweigung einleiten

Die Überschreitung der planetaren Grenzen und die damit einhergehende Vervielfachung der Risiken für die Menschen erfordern eine drastische Abnahme der Material- und Energieströme auf allen Ebenen, um uns sichere Lebensbedingungen zu gewährleisten. Die derzeitigen institutionellen Antworten, die sich weitgehend auf ein angeblich „grünes“ Wirtschaftswachstum und die Verantwortung von Einzelpersonen und Unternehmen stützen, haben bereits ihre Unfähigkeit gezeigt, den notwendigen ökologischen Wandel der Gesellschaft rasch herbeizuführen. Beispielsweise verlagern die Elektrifizierung des Fahrzeugparks oder die Digitalisierung die Umweltbelastungen nur, ohne ihr Ausmaß zu verringern. Angesichts dieser Trägheit verteidigt die Sozialdemokratische Partei Freiburg eine Klima- und Umweltpolitik, die der Dringlichkeit entspricht und sozial gerecht ist, indem sie die Entwicklung von schnörkellosen Alternativen beschleunigt, den Schutz der Ökosysteme stärkt und neue sozioökonomische Rechte für die Einwohnerinnen und Einwohner garantiert.

Eine massvolle und zugängliche Mobilität

Mehr als 30% der im Kanton verursachten CO₂-Emissionen stammen aus dem Verkehr, und die Abhängigkeit vom Privatauto ist nach wie vor hoch, insbesondere in den stadtnahen und ländlichen Gebieten. Das öffentliche Verkehrsnetz und die Fahrradinfrastruktur sind noch unzureichend, um eine glaubwürdige und attraktive Alternative für alle zu bieten. Eine nachhaltige Mobilität ist jedoch unerlässlich, um unseren ökologischen Fußabdruck zu verringern, die Luftqualität zu verbessern, Lärm zu reduzieren, unsere Lebensräume grüner zu gestalten und gleichzeitig sozialen Zusammenhalt zu fördern. Denn nur durch einen starken und zugänglichen ÖV können wir eine wirklich inklusive Gesellschaft erreichen. Ein effizientes öffentliches Verkehrsnetz in Kombination mit sicheren und durchgängigen Rad- und Fußwegen gewährleistet, dass sich alle Menschen bezahlbar und umweltfreundlich fortbewegen können. Um den klimatischen und sozialen Herausforderungen zu begegnen, müssen wir unsere Fortbewegungsarten überdenken und massiv in nachhaltige Alternativen investieren.

- ➔ **Eine Stärkung des öffentlichen Verkehrs**, mit einer Verdichtung der kleinen Linien und einer Erhöhung der Kapazität der Hauptachsen, sowie eine allgemeine Preissenkung, insbesondere der Tarife für Senioren, und ein attraktives Abonnement für Personen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit oder zum Studium pendeln. Zudem muss die Barrierefreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel gewährleistet werden.
- ➔ **Beschleunigter Ausbau der Fahrradinfrastruktur**, sichere und gut über das Land verteilte Fahrradwege sowie geeignete und geschützte Abstellplätze. Im Namen der ökologischen Krise setzen wir uns auch für die Rückkehr zu autofreien Sonntagen viermal im Jahr ein.

- ➔ **Eine Raumplanung, welche die Nähe fördert**, durch die (Wieder-)Entwicklung von Grunddienstleistungen, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind, wie Lebensmittelgeschäfte, öffentliche Einrichtungen (Post, Kindergärten, Arztpraxen, ...) und gemeinsam genutzte Arbeitsräume.

Die Zerstörung natürlicher Lebensräume stoppen

Die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, und die Böden, die uns ernähren, hängen von reichhaltigen und funktionierenden Ökosystemen ab. Die Biodiversität bricht jedoch aufgrund der künstlichen Landnutzung, der Intensivierung der Landwirtschaft und der Zerstörung natürlicher Lebensräume zusammen. Die Schweiz hat sich verpflichtet, bis 2030 30% ihres Territoriums zu schützen, doch es fehlen die Mittel, obwohl der Bund und die Kantone noch immer 40 Milliarden Franken für Subventionen, welche die Verschlechterung der Ökosysteme beschleunigen. Gleichzeitig haben diejenigen, die eine nachhaltigere und diversifizierte Landwirtschaft entwickeln wollen, Schwierigkeiten, Zugang zu Land zu erhalten. Es ist dringend notwendig, die Politik, die den natürlichen Lebensräumen schadet, zu beenden und massiv in deren Erhaltung und Wiederherstellung zu investieren.

- ➔ **Die Abschaffung von Subventionen, die der Biodiversität schaden.** Sie müssen zu Gunsten des ökologischen Weges umgewidmet werden.
- ➔ **Eine schnelle Erhöhung der geschützten Flächen für die Biodiversität**, um die Verpflichtungen der Schweiz zu erfüllen.
- ➔ **Besserer Zugang zu Land für eine agrarökologische Landwirtschaft** durch ein Vorkaufsrecht des Kantons, das es ermöglicht, landwirtschaftliche Flächen zu erwerben und diese vorrangig an Landwirte und Landwirtinnen zu vergeben, die sich für eine biologische, diversifizierte und lokale Produktion einsetzen wollen.

Das Recht auf einen ökologischen Lebensstil

Ein ökologischer Lebensstil sollte kein Luxus für diejenigen sein, die es sich leisten können, sondern ein Recht, das allen Menschen zusteht. Doch eine gesunde Ernährung ist teuer, die Berufe im Bereich des ökologischen Wandels sind aufgrund fehlender Ausbildungsförderung schwer zu besetzen, der Zugang zu nachhaltigem und bezahlbarem Wohnraum wird immer schwieriger und die Produktions- und Konsummuster führen weiterhin zu einer massiven Verschwendung von Ressourcen. Angesichts dieser Untätigkeit setzt sich die Sozialdemokratische Partei Freiburg für eine Klimaschutz- und Umweltpolitik ein, die der Dringlichkeit entspricht und sozial gerecht ist, indem sie die Entwicklung nachhaltiger Alternativen beschleunigt, den Schutz der Ökosysteme und der Tiere verstärkt und den Einwohnerinnen und Einwohnern neue sozioökonomische Rechte garantiert.

- ➔ Eine Förderung der Ausbildung und Umschulung zu grünen Jobs durch die Einführung von Entschädigungen, die den gesamten Lohn während der Ausbildung im Betrieb oder in der Schule sowie die gesamten Ausbildungskosten abdecken.
- ➔ Die Entwicklung von umweltfreundlichen und erschwinglichen Genossenschaftswohnungen durch die Vergabe von Baurechten, die energieeffizientes Wohnen, die gemeinsame Nutzung von Räumen und Fahrzeugen sowie erschwingliche Mieten vorschreiben.

- ➔ Eine Zugangs-Garantie zu lokalen und nachhaltigen Lebensmitteln durch kommunale Lebensmittelkassen, die von den Einwohnerinnen und Einwohnern durch einen einkommensabhängigen Beitrag finanziert und in Form eines monatlichen Zuschusses an lokale Produzentinnen und Produzenten und Geschäfte ausgezahlt werden.
- ➔ Faire Maßnahmen zur Bekämpfung von Überproduktion und Überkonsum, mit längeren Garantien für Konsumgüter, einem öffentlichen Dienst für Wiederverwendung, der im ganzen Kanton zugänglich ist (Reparatur, Vermietung, Tauschhandel usw.), und der Abschaffung kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum.

Soziales

Die COVID-19-Krise hat die prekäre Lage vieler Freiburgerinnen und Freiburger offenbart, die bereits durch Inflation, Digitalisierung und steigende Mieten geschwächt sind. Wirtschaftliche, soziale, digitale oder geschlechts- und herkunftsbedingte Ungleichheiten vervielfachen sich und betreffen insbesondere Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, junge Menschen in Ausbildung, Senioren und prekär Beschäftigte. Isolation, hohe Lebenshaltungskosten und die zunehmende Komplexität der Verwaltungsverfahren verschärfen diese Verwundbarkeiten.

Angesichts dieser Herausforderungen vertritt die Sozialdemokratische Partei des Kantons Freiburg eine solidarische Vision: Jeder und jedem ein menschenwürdiges Dasein garantieren, indem die Sozialhilfe, die Prävention und die Chancengleichheit gestärkt werden. Das Ziel ist ein inklusiver und resilienter Kanton, in dem der wirtschaftliche Wohlstand in den Dienst des sozialen Zusammenhalts und des Gemeinwohls gestellt wird. Angesichts der prekären Lage gibt es aber keinen Fatalismus: Wir schlagen konkrete Antworten vor, damit jede und jeder seinen Platz in der Gesellschaft finden und eine würdige und prosperierende Zukunft aufbauen kann.

Anpassung und Stärkung der sozialen Maßnahmen

Sozialleistungen müssen Hebel zur Emanzipation sein und kein Hindernisparcours. Dennoch wird der Zugang zu diesen Leistungen - angefangen bei der Sozialhilfe - allzu oft als letzter Ausweg gesehen, der durch schwerfällige Bürokratie, faktische Beweislastumkehr, Stigmatisierung und mangelnde Koordination behindert wird. Es ist dringend notwendig, einen vereinfachten und würdigen Zugang zu den Leistungen zu gewährleisten und die Betroffenen wirksam zu informieren und zu begleiten und eine Eingliederung zu fördern, die den Realitäten jeder/jedes Einzelnen angepasst ist. Eine wirksame Sozialpolitik ist mehr als nur ein Sicherheitsnetz: Sie muss ein Sprungbrett zu Autonomie und Inklusion sein.

- ➔ Automatisieren der Auszahlung von Sozialleistungen (Krankenkassenprämienverbilligungen und Ergänzungsleistungen) auf der Grundlage der Steuererklärungen.
- ➔ Einrichtung von sozialen Informationsstellen in jedem Bezirk mit persönlicher Betreuung vor Ort und online.
- ➔ Förderung von Integrationswegen unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse (Wohnen, Gesundheit, soziale Kompetenzen).
- ➔ Einrichtung eines Systems zur Begleitung und gezielten Unterstützung von Personen, die verschuldet sind oder Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen

Die berufliche Eingliederung und den digitalen Wandel vorantreiben.

Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen und der neuen beruflichen Herausforderungen verändert sich die Arbeitswelt durch die Digitalisierung, die Automatisierung und den Aufschwung der «Plattform-Ökonomie» tiefgreifend. Diese Veränderungen schwächen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und führen dazu,

dass bereits gefährdete Gruppen wie Ausbildungsabbrecher, ältere Menschen, die sich umorientieren müssen und Menschen mit Behinderungen an den Rand gedrängt werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle das Recht auf eine qualitativ hochwertige Beschäftigung während des gesamten Lebens haben, mit entsprechender Unterstützung und realen Eingliederungsmöglichkeiten.

- ➔ Die Schaffung von Sozialunternehmen und Wiedereingliederungsprogrammen.
- ➔ Eine Intensivierung der Massnahmen für Langzeitarbeitslose oder Arbeitslosen ab 55 Jahren und eine Verstärkung der Projekte für Jugendliche, die ihre Ausbildung abbrechen.
- ➔ Entwicklung einer integrierten kantonalen Betreuungsstruktur für Jugendliche, die Aus- und Weiterbildungs- oder Umorientierungslösungen anbietet.
- ➔ Die Beibehaltung von örtlichen Verwaltungsstellen ohne zusätzliche Kosten und die Einführung von digitalen Grundausbildungen.

Bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum sicherstellen

Um träumen zu können, muss man wissen, wo man schlafen kann. Eine Wohnung besteht nicht nur aus vier Wänden: Sie ist ein Lebensumfeld, das für die persönliche, soziale und familiäre Entfaltung von entscheidender Bedeutung ist, und mit dem Aufschwung der Telearbeit für viele auch ein Arbeitsraum. Die Wohnqualität wirkt sich direkt auf unser Wohlbefinden und unseren Alltag aus. Dennoch verschärft sich in Freiburg die Wohnungskrise: Die Mieten steigen, das Angebot nimmt ab, Menschen leben immer noch auf der Strasse und Freiburg bleibt einer der am wenigsten engagierten Kantone, was die Regulierung und den gemeinnützigen Wohnungsbau betrifft. Eine Situation, die einigen Spekulanten zum Nachteil der Bevölkerung in die Hände spielt. Es besteht dringender Handlungsbedarf, damit alle Menschen Zugang zu einer würdigen und erschwinglichen Wohnung haben.

- ➔ Die Schaffung eines dauerhaften Bestands an gemeinnützigen Wohnungen, der 20 % des Mietwohnungsbestands des Kantons entspricht.
- ➔ Die staatlichen Beihilfen und Subventionen an ökologische Renovationen und moderate Mieten knüpfen.
- ➔ Förderung des autonomen Wohnens mit Begleitung durch die Entwicklung von Lösungen, die die Unabhängigkeit der Personen bewahren und gleichzeitig eine angemessene Unterstützung bieten.

Unterstützung von Familien, der Jugend und generationsübergreifenden Beziehungen

Kinder sind allzu oft unsichtbar und bleiben von prekären Verhältnissen nicht verschont. Jedes Kind muss in einer sicheren, anregenden und entwicklungsfördernden Umgebung aufwachsen können. Heute ist der Zugang zu Betreuungseinrichtungen aufgrund hoher Kosten immer noch eingeschränkt, und die Betreuungsangebote sind oft überlastet oder unzureichend koordiniert. Von der frühen Kindheit bis zur beruflichen Eingliederung ist es wichtig, frühzeitig zu handeln, um Ungleichheiten zu verhindern und jedem jungen Menschen einen auf seine Bedürfnisse zugeschnittenen Bildungs- und Berufsweg zu garantieren. Eine qualitativ hochwertige Begleitung anzubieten, die Prävention zu stärken

und die Familien zu begleiten, sind Prioritäten für den Aufbau einer gerechteren und inklusiven Gesellschaft.

- ➔ Den Beitrag der Eltern für einen Krippenplatz auf 10 % des Familieneinkommens begrenzen.
- ➔ Die Ressourcen des Jugendamts erhöhen, um die Interventionswartzeiten zu verkürzen und die Prävention zu stärken.
- ➔ Stärkung der Frühförderung: Schwierigkeiten frühzeitig erkennen und geeignete Folgemaßnahmen einleiten.

Gesundheit

Den Zugang zur Gesundheit für alle Freiburgerinnen und Freiburger garantieren!

Alle Freiburger:innen müssen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben. Dieser ist heute aufgrund der exorbitanten Kosten beschränkt. Das Angebot muss auch an die Bedürfnisse aller angepasst werden, von der Geburt bis zum Tod. Unser Gesundheitssystem ist nach wie vor zu oft auf die Behandlung von Krankheiten ausgerichtet, anstatt auf deren Prävention und die Gesundheitsförderung. Wir fordern einen tiefgreifenden Wandel und wollen den Zugang zu Gesundheit durch drei Schwerpunkte sicherstellen. Erstens: Gesundheit muss unabhängig vom Geldbeutel zugänglich sein. Zweitens: Gesundheit muss für jedes Alter zugänglich sein. Drittens darf der Zugang zu Gesundheit nicht durch einen Mangel an medizinischem und pflegerischem Personal eingeschränkt werden oder gar eine Priorisierung von Patient:innen vorgenommen werden. Gesundheitsökonomische Modelle dürfen nicht etabliert werden. Die Interessen der Patientinnen und Patienten und der Freiburger Bevölkerung müssen im Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems stehen - und nicht die finanziellen Interessen einiger weniger Akteure, die das System ausnutzen und die Kosten in die Höhe treiben.

Gesundheit darf kein Luxus sein!

Die Krankenversicherungsprämien sind in den letzten Jahren explodiert, in Freiburg wie auch anderswo. Innerhalb von zehn Jahren sind diese Prämien um mehr als 20% gestiegen. In dieser Zeit hat die rechte Mehrheit des Staatsrats die Zuschüsse zur Entlastung der Versicherten massiv gekürzt. Im Durchschnitt ist der Kantonsanteil seit 2012 um mehr als 60 Franken pro Versicherten gesunken, während die Prämien im selben Zeitraum um 118 Franken gestiegen sind.

In der Schweiz gibt es heute über vierzig zugelassene Krankenkassen, von denen mehr als die Hälfte im Kanton Freiburg tätig sind. Dies verursacht enorme und unnötige Kosten: massive Werbung, Managergehälter sowie aufgeblähte Reserven, um den Risiken jeder dieser Kassen zu begegnen. Diese Kosten werden von den Versicherten bezahlt, die jedoch daraus keinen Nutzen ziehen. Der sogenannte Wettbewerb ist in Wirklichkeit eine Nivellierung nach unten: immer teurere Prämien, ungerechte und ineffiziente Modelle und immer mehr Verwaltungsaufwand für die Versicherten und die Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Bei der Einführung des KVG hatte der Bundesrat versprochen, dass die Prämien nicht mehr als 8% des Haushaltseinkommens betragen würden. Heute geben gewisse Haushalte im Kanton bis zu 17% ihres Einkommens für sie aus. Die Prämienhöhungen in den Jahren 2024 und 2025 führten zu zusätzlichen Ausgaben von über 1000 Franken pro Jahr (jedes Jahr!) für eine Familie mit zwei Kindern. Es gibt nicht viele Haushalte, deren Einkommen im gleichen Zeitraum so stark gestiegen ist. Die steigenden Prämien nagen an der Kaufkraft der Freiburgerinnen und Freiburger und bestrafen alle, auch die Wirtschaft.

- ➔ Eine öffentliche Krankenkasse, die von der kantonalen Sozialversicherungsanstalt verwaltet wird.
- ➔ Eine Deckelung der Krankenkassenprämien auf 10% des Einkommens.

Ein Recht auf Gesundheit während des ganzen Lebens.

Die Freiburger:innen haben das Recht, gesund zu bleiben. Die Angebote für Kinder sind unzureichend. Wie in vielen Bereichen verlässt sich der Staatsrat auf Organisationen, die phänomenale Arbeit leisten, ohne ausreichend unterstützt zu werden. Im Bereich der frühen Kindheit muss der Zugang zu Hebammenleistungen und zur Säuglingspflege verbessert werden. Tweenager (10 bis 13)und Teenager (14 plus) verdienen es, dass man sich mehr um ihre psychische und sexuelle Gesundheit kümmert. Gesundes Altern ermöglicht den Betroffenen vor allem ein erfülltes Leben in körperlichem, geistigem und sozialem Wohlbefinden. Zudem reduziert es auch die Gesundheitskosten. Ein Kanton, der in Prävention und Gesundheitsförderung investiert, ist ein gerechterer, wohlhabenderer und widerstandsfähigerer Kanton. Nachhaltige Gesundheit ist eine kollektive Verantwortung. Bauen wir sie gemeinsam auf, heute und für künftige Generationen.

- ➔ Gesundheitserziehung in allen Altersstufen, um die Autonomie des Einzelnen zu stärken und ihm die Fähigkeiten zu vermitteln, die er braucht, um seine eigenen Entscheidungen zu treffen.
- ➔ Der Zugang zum Sport für alle Kinder, insbesondere durch die Bereitstellung einer zureichenden Infrastruktur (Schwimmbäder, Sporthallen und -plätze).
- ➔ Ein Programm zur Sensibilisierung für die Gesundheit am Arbeitsplatz.
- ➔ Erweiterte Programme zur Früherkennung von Risiken.
- ➔ Ausbau der Leistungen der Palliativmedizin, um Menschen am Lebensende zu ermöglichen, ihre letzte Lebenszeit nach ihren Wünschen und in Würde zu verbringen.

Bekämpfung des Mangels an Hausärzten und Pflegepersonal

Der Kanton Freiburg ist besonders stark vom Mangel an medizinischer Grundversorgung sowie an Pflegepersonal betroffen. Diese medizinische Verödung, nicht nur in den Randregionen, sondern auch in gewissen städtischen Quartieren, gefährdet den Zugang der freiburgischen Bevölkerung zur notwendigen Gesundheitsversorgung.

- ➔ Die Gemeinden müssen von der Immobilienbranche verlangen, dass sie geeignete Flächen für Praxen der medizinischen Grundversorgung vorsieht.
- ➔ Qualitätsfördernde Leistungen der Grundversorger müssen vom Kanton vergütet werden (z.B. Qualitätszirkel, Stärkung der IT-Instrumente für den Informationsaustausch usw.).
- ➔ Das Pflegepersonal muss bei kurzfristigen Vertretungen oder Nacharbeit besser entschädigt werden.
- ➔ Die Pflegepräsenz am Krankenbett muss mit Quoten von Pflegefachpersonen pro Patient:in verstärkt werden.
- ➔ Pflegepersonal mit Bachelor-Abschluss muss im Vergleich zu anderen Berufen mit gleichwertiger Ausbildung auch gleichwertig entlohnt werden.

Einwanderung und Inklusion

Ein klarer Rahmen im Zeichen eines humanistischen Miteinanders

Freiburg, das Aus- und Einwanderungsland par excellence, hat immer wieder von der Gastfreundschaft anderer Teile der Welt profitiert, hat Menschen aufgenommen, die auf der Suche nach einem sicheren Ort waren. Die Einwanderung weckt Ängste, wenn sie von Rechtspopulisten geschürt wird. Wir setzen der Angst, dem Sicherheitswahn und den grossen Schlagworten, die nichts bewirken, eine humanistische, solidarische, vernünftige und realistische Migrationspolitik entgegen. Sie soll die Perspektive für eine breite Inklusion aller Teile der Bevölkerung ermöglichen.

I. Unsichtbare Gruppen der Bevölkerung besser einbeziehen

- a. **Programm zur Regularisierung von Sans-Papiers.** Im Kanton Freiburg leben seit vielen Jahren Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere. Sie arbeiten hier, zahlen Steuern und Sozialversicherungen, ihre Kinder gehen hier zur Schule. Diese unsichtbaren Migrant/inn/en tragen zum Wachstum und zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Kantons bei. Es ist daher zwingend notwendig, dass die kantonalen Behörden eine Vereinbarung mit der Bundesbehörde (SEM) treffen, um das Verfahren zur Regularisierung des Aufenthaltes von Sans-Papiers und abgewiesenen Asylbewerbern, die im Kanton Freiburg wohnen und arbeiten, einzuführen. Der Kanton Genf hat dies bereits erfolgreich umgesetzt.
- b. **Wahlrecht für C-Bewilligung auf kantonaler Ebene & Kampagne zur Sensibilisierung wie Wahlen ablaufen.** Um eine Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) zu erhalten, muss man in der Regel fünf bis zehn Jahre lang mit einer Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz gelebt haben. Integration setzt eine Aufenthaltsbewilligung voraus und umgekehrt. Inhaber:innen einer C-Bewilligung sind voll in das Freiburger Leben integriert. Sie zahlen Steuern und beteiligen sich am Leben der Staat. Daher ist es so wichtig, dass diese Personen am politischen Leben teilnehmen können und das Wahlrecht auf kantonaler Ebene erhalten. Integration ist keine Einbahnstrasse. Wenn wir Menschen die Möglichkeit geben, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, stärken wir den sozialen Zusammenhalt. Dies muss mit einer aktiven Sensibilisierungskampagne bei den Betroffenen einhergehen, damit sie wissen, welche Rechte und Pflichten mit dem Wahlrecht einhergehen, wie Wahlen ablaufen und was für die Gesellschaft auf dem Spiel steht. Die Sensibilisierung kann über kulturelle Vereinigungen erfolgen; sie kennen die spezifischen Informationsanliegen am besten.
- c. **Verbesserte Integrationsmassnahmen für unbegleitete Minderjährige.** Unbegleitete Minderjährige, die dem Kanton Freiburg zugewiesen werden, müssen eine stärkere persönliche Unterstützung erhalten, damit sie nicht mehr allein oder auf sich allein gestellt sind. Es ist wichtig, diesen Kindern und Jugendlichen echte Schlüssel und Werkzeuge an die Hand zu geben, um sich zu integrieren. Zentren für soziokulturelle Animation, die darauf ausgerichtet

sind Sozialisierungs- und Integrationsprozesse in Gang zu setzen, sind hierbei wichtige Partner. Eine engere Vernetzung in diesem Bereich drängt sich auf.

II. Ein engmaschigeres Netz der Integrationsförderung

- a. **Informationsprogramm über Gewalt gegen Migrantinnen.** Für Gewaltopfer ist es immer noch schwierig ein Aufenthaltsrecht zu erwirken resp. dieses zu behalten. Unsichere und schwierige administrative Hürden dürfen kein Hindernis für den Schutz besonders verletzlicher Menschen sein. Opfer ehelicher Gewalt ausländischer Herkunft sind in dieser Hinsicht manchmal doppelt betroffen: zum einen wegen der ehelichen Gewalt, zum anderen, weil sie Gefahr laufen abgeschoben zu werden, weil sie nicht genügend Kenntnis darüber haben, wie eheliche Gewalt nachgewiesen werden muss. Es ist daher angebracht, ein groß angelegtes Sensibilisierungsprojekt ins Leben zu rufen, damit Opfer von Gewalt Zugang zu Informationen über ihre Rechte sowohl in strafrechtlicher Hinsicht als auch in Bezug auf Ausländerrechte erhalten. Dieses Programm muss in einer klaren, verständlichen und nicht elitären Sprache präsentiert werden, die für Personen geeignet ist, die mit juristischen oder administrativen Begriffen nicht vertraut sind. Es sollte auch einen mehrsprachigen Ansatz verfolgen, der unerlässlich ist, um die betroffenen Bevölkerungsgruppen wirksam zu erreichen. Die Informationen sollten beim ersten Termin zur Beantragung oder Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung sowie an Hilfs- und Pflegeeinrichtungen (wie LAVI-Zentren, Krankenhäuser usw.) verteilt werden. Sie müssen auch an Orten verfügbar sein, die von Migranten frequentiert werden, insbesondere in Kulturzentren, Migrantenverbänden und Kultstätten sowie in sozialen Netzwerken.
- b. **Unterstützung von Vereinigungen vor Ort.** Die Vereinigungen zur Unterstützung von Personen mit Migrationshintergrund wie FriSanté, Passerelles, CCSI usw. leisten Basisarbeit. Sie nehmen dem Staat wesentliche Aufgaben ab. Ihre Arbeit sollte aufgewertet und die finanzielle Unterstützung erhöht werden.
- c. **Integrationsmassnahmen auch für über 25-jährige Asylsuchende.** Heute sind Integrationsmassnahmen vorrangig auf Asylsuchende unter 25 Jahren ausgerichtet, da diese Zielgruppe eine schnellere Integration verspricht. Es ist bedauerlich, dass ältere Asylsuchende auf der Strecke bleiben. Integration muss gleichberechtigt sein und jeder Person, die dem Kanton Freiburg zugewiesen wird, eine Chance geben.

III. Bildung und Sensibilisierung für ein besseres Verständnis des Anderen

- a. **Sensibilisierung für antirassistische Themen.** Systemischer Rassismus ist nach wie vor eine allgegenwärtige Realität in unserer Gesellschaft. Die Schule als Ort der Bildung der Bevölkerung von morgen muss zu einem aktiven Akteur im Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung werden. Es reicht nicht aus, nicht rassistisch zu sein, man muss antirassistisch sein und daher lernen, gegen Rassismus vorzugehen.

Obligatorische antirassistische Schulungen für alle Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen konkrete Instrumente vermitteln, um Diskriminierung zu erkennen und zu verhindern und aktuelle Formen des Rassismus anzugehen. Ein festes und obligatorisches Modul in der Ausbildung der Pädagogischen Hochschulen muss sich mit den Herausforderungen des systemischen Rassismus, der Kolonialgeschichte, Privilegien und Inklusion befassen, mit einem kritischen Ansatz, der in der Realität der Schüler verankert ist. In den Schulen müssen kontinuierliche Sensibilisierungsmaßnahmen wie Workshops oder Thementage in Zusammenarbeit mit antirassistischen Vereinigungen stattfinden.

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, eine wirklich inklusive Schule zu schaffen in der sich jede Schülerin und jeder Schüler, unabhängig von ihrer Herkunft, anerkannt, respektiert und geschützt fühlt.

b. Schulung auf kantonaler Ebene für die Mitglieder der kommunalen Einbürgerungskommissionen. Die Mitglieder der kommunalen Einbürgerungskommissionen kennen oft die grundlegenden Anforderungen an ihre Funktion nicht. Um Missbrauch in diesen Kommissionen zu verhindern, sollte deshalb eine Schulung und Sensibilisierung eingeführt werden, um sie mit den gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu machen.

c. Sensibilisierung für das Thema Intersektionalität. Es ist notwendig, den Schweinwerfer auf Mehrfachdiskriminierung zu richten, über Intersektionalität zu sprechen und darauf hinzuweisen. Denn dieses Konzept hilft verstehen, wie verschiedene Formen von Unterdrückung, Diskriminierung oder Privilegien interagieren, sich überschneiden und kumulativ auswirken. Ein besseres Verständnis davon trägt dazu bei, Unterdrückungssysteme zu erkennen und sich für eine inklusivere und gerechtere Politik einzusetzen, für soziale Gerechtigkeit, die niemanden unsichtbar macht.

Feminismus

Frauen und Arbeit

Die Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern ist nach wie vor eine krasse Realität, die aufzeigt wie unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktioniert. In der Schweiz verdienen Frauen durchschnittlich 18% weniger als Männer, was einer Differenz von fast 1500 Franken pro Monat entspricht. Diese Kluft wird nicht kleiner, sondern mit der Zeit tendenziell grösser.

Dafür gibt es mehrere Gründe: die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen, die geringe Wertschätzung von Berufen, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden (Pflege, Unterricht, Erziehung usw.), und ihre Überlastung zuhause. Tatsächlich übernehmen Frauen den Grossteil der Hausarbeit und der Pflege von Angehörigen - eine unverzichtbare Arbeit, die weder anerkannt noch entlohnt wird.

Der Mangel an erschwinglichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten führt häufig dazu, dass Frauen ihre Erwerbsquote reduzieren oder sogar ganz aus dem Berufsleben aussteigen, wenn sie Kinder haben. Diese strukturelle Ungleichheit, die durch unausgewogene Elternurlaube noch verstärkt wird, hält Väter von Familienarbeit ab und erschwert die berufliche Entwicklung der Mütter.

Das führt zu Ungleichheiten mit grossen Auswirkungen auf die Renten: Da Frauen aufgrund unterbrochener Karrieren oder Teilzeitarbeit weniger in die Rentenkasse eingezahlt haben, erhalten sie niedrigere Renten als Männer. Im Falle einer Scheidung verschlechtert sich ihre finanzielle Situation häufig noch weiter. Paradoxerweise bleiben Frauen trotz ihres hohen Anteils an akademischen Abschlüssen in strategischen und entscheidungsrelevanten Positionen weitgehend abwesend.

- ➔ Aufwertung der überwiegend von Frauen ausgeübten Berufe (Pflege, Unterricht, Erziehung) mit einer deutlichen Erhöhung der Löhne.
- ➔ Einführung eines echten, gleichberechtigten Elternurlaubs, der gleichmässig auf beide Elternteile verteilt wird, um damit Väter stärker in die Familienarbeit einzubeziehen.
- ➔ Entwicklung einer starken Familienpolitik, die eine zugängliche und erschwingliche Kinderbetreuung für alle Familien beinhaltet.

Queer-Feminismus

Die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern haben ihren Ursprung grösstenteils in den Geschlechterstereotypen, die in unserer Gesellschaft nach wie vor vorhanden sind. In der Schweiz wie auch anderswo verteidigt die konservative Rechte eine Rückkehr zu einer traditionellen Geschlechterauffassung. Diese rückständige Sichtweise der Frau stützt sich auf eine soziale Konstruktion des Geschlechts, die für alle schädlich ist. Unsere patriarchalische und kapitalistische Gesellschaft führt zu systemischen Diskriminierungen, von denen nicht nur Frauen betroffen sind, sondern insbesondere auch Transpersonen und Menschen, deren Geschlechtsidentität nicht der binären Norm (Frau/Mann) entspricht. Überall auf der Welt, auch in der Schweiz, ist die Existenz von

Transpersonen bedroht. Hassreden und Gewalt gegen Transpersonen nehmen stark zu. Die Selbstmordrate unter Transpersonen ist bis zu fünfmal höher als der Durchschnitt. Angesichts dieser Realität ist es wichtig, daran zu erinnern, dass es keine Emanzipation der Frauen ohne die Emanzipation der Transpersonen geben kann. Unsere Kämpfe sind untrennbar miteinander verbunden.

- ➔ Verwendung der inklusiven Sprache in den Dokumenten der Freiburger Verwaltung und der Freiburger Gemeinden, um die sprachliche Dominanz des männlichen Geschlechts zu dekonstruieren.
- ➔ Abschaffung der Anmerkung des Geschlechts/Gender in den offiziellen Dokumenten der Freiburger Verwaltung und der Freiburger Gemeinden.
- ➔ Verankerung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung in der Kantonsverfassung

Sexistische und sexuelle Gewalt

Sexistische und sexuelle Gewalt ist eine weltweite Geissel, die sich durch alle Bereiche der Gesellschaft zieht. Sie nimmt viele Formen an: Belästigung auf der Strasse, sexistische Bemerkungen, Gewalt in der Ehe, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung und sogar Femizid.

Diese Gewalt, die vor allem an Frauen und Mädchen ausgeübt wird, betrifft auch Männer und nicht-binäre Menschen. Ihr gemeinsamer Ursprung liegt in ungleichen Machtverhältnissen, die tief in patriarchalen Strukturen verwurzelt sind. Die Opfer, die oft aus Angst oder mangelnder Unterstützung zum Schweigen gebracht werden, haben es aufgrund unzureichender oder voreingenommener Rechtssysteme schwer, Gerechtigkeit zu erlangen. Hinzu kommt digitale Gewalt, die besonders auf Frauen und sexualisierte Personen abzielt. Online-Belästigungen bedrohen ihre Sicherheit und sind eine moderne Erweiterung traditioneller Unterdrückung.

Frauen mit Behinderungen sind zwei- bis dreimal so häufig von Gewalt und fast doppelt so häufig von körperlicher oder psychischer Gewalt betroffen wie Frauen ohne Behinderungen. Oft wird gewaltbetroffenen Menschen mit Behinderungen nicht zugetraut, selbst einordnen zu können, was als grenzüberschreitend oder als angemessen gilt. Es braucht spezialisierte, von der Polizei unabhängige Stellen, wo Gewaltbetroffene die nötige Unterstützung bekommen.

Der Kampf gegen diese Gewalt erfordert eine kollektive Mobilisierung. Dies erfordert eine Erziehung zur Gleichberechtigung vom frühesten Kindesalter an, eine verstärkte Unterstützung der Opfer und eine Verschärfung der Gesetze, um solche Taten zu verhindern und zu bestrafen. Es liegt an jedem Einzelnen und an jeder Institution, sich für den Aufbau einer Gesellschaft einzusetzen, in der Respekt und Würde für jede/n Einzelne/n die Norm sind.

- ➔ Verstärkte Unterstützung von Vereinen und Institutionen, die sich gegen sexistische und sexuelle Gewalt einsetzen und den Opfern helfen.
- ➔ Absolute Ablehnung jeglicher Angriffe auf die reproduktiven Rechte, die jeder Person das Recht garantieren, frei über ihren Körper zu verfügen.
- ➔ Programme zur sexuellen und emotionalen Aufklärung in Schulen, um die junge Generation für Fragen der Gleichheit und des Respekts zu sensibilisieren.

- ➔ Schutz vor Gewalt für alle Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen. Anlauf- und Beratungsstellen sind in jeder Hinsicht barrierefrei zu gestalten.

Finanzen

Der Staat ermöglicht es, die notwendigen Leistungen für die Bevölkerung zu erbringen und den Wohlstand umzuverteilen, um die Gleichheit unter den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten. Indem er Leistungen für die gesamte Bevölkerung anbietet, ermöglicht er jeder und jedem Einzelnen, sich zu bilden, sich medizinisch versorgen zu lassen und ein menschenwürdiges Leben zu führen. Mit anderen Worten: Er ist der Garant für das Gemeinwohl. Daher muss er ausreichend finanziert werden, damit er seine Aufgaben erfüllen kann.

Dafür ist das Prinzip einfach sowie besonders demokratisch und egalitär: Jeder sollte nach seinen eigenen Möglichkeiten beitragen. Dies war in den letzten Jahren nicht der Fall. Nach Jahrzehnten von Steuergeschenken an die Reichsten und Grossunternehmen, die zu einem Leistungsabbau für die Bevölkerung führten, gleiten wir in eine Gesellschaft der Privilegien ab, in der eine immer begrenztere Minderheit einen immer grösseren Teil des Reichtums an sich reisst. Wir müssen dieser Abwärtsspirale ein Ende setzen, indem wir Steuergerechtigkeit wiederherstellen. Der Staat muss in der Lage sein, seine Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit in vollem Umfang wahrzunehmen und seine Rolle bei der Umverteilung des Reichtums auszuüben.

Für eine gerechte Revision der Bestimmungen zum Voranschlag

Um eine ehrgeizige Sozial- und Klimapolitik zu betreiben, muss Freiburg nach dem Vorbild anderer Kantone eine weniger strenge Politik in Bezug auf das Budgetgleichgewicht verfolgen und ein Prinzip des Ausgleichs über mehrere Jahre einführen. Es ist notwendig, eine wirksame antizyklische Politik zu verfolgen, die es ermöglicht, in schwierigen Zeiten zu investieren und in guten Zeiten Rücklagen anzuhäufen. Um dies zu erreichen, sollte der Voranschlag nicht mehr nur in einem einzigen Jahr ausgeglichen sein, sondern in einem mehrjährigen Zyklus. Eine Änderung der Bestimmungen würde auch die Kompetenzen des Grossen Rates stärken und die finanzielle Perspektiven demokratischer gestalten.

- ➔ Änderung des Finanzgesetzes, um Wirtschaftszyklen einzubeziehen und die Investitionskapazität durch die Zuweisung ausserordentlicher Gewinne zu erhöhen.

Gerechte Steuern für alle

Die Besteuerung ist das Schlüsselinstrument des Staates, um eine gerechte Verteilung des Wohlstands zu erreichen. Sie ermöglicht es, Projekte zu realisieren, die für die Allgemeinheit von zentraler Bedeutung sind, beispielsweise den öffentlichen Verkehr, Krankenhäuser oder eine qualitativ hochwertige Schule zu gewährleisten. Jahre des interkantonalen Wettbewerbs und der Steuergeschenke haben dieses Instrument jedoch untergraben. Freiburg ist heute von allen Kantonen der Westschweiz derjenige, welcher seine Ausgaben am wenigsten durch Steuern finanziert. Es ist notwendig, die zahlreichen Steuergeschenke an die Reichsten rückgängig zu machen und die Progressivität der

Steuern zu verstärken. Dazu gehört auch eine höhere Erbschaftssteuer, um allen den Zugang zu gleichberechtigten Leistungen zu ermöglichen

- ➔ Reform der Einkommensbesteuerung natürlicher Personen durch Abschaffung der Obergrenze von 13,5% für Einkommen über 203'000 CHF und Einführung eines progressiven Steuersatzes, der bei Einkommen über 650'000 CHF bis zu 19% beträgt.
- ➔ Einführung einer Erbschaftssteuer auf Erbschaften über 5 Millionen.
- ➔ Abschaffung der seit 2013 etablierten Steuergeschenke für Grossunternehmen
- ➔ Steuerbetrug aktiv bekämpfen.

Eine ambitionierte Investitionspolitik

Die Sparpolitik hat dazu geführt, dass der Staat Freiburg über ein grosses Vermögen verfügt, das er nicht nutzt. Die zunehmende Ungleichheit und die Klimakrise sind jedoch Realitäten, auf die wir schnell reagieren müssen. Es ist notwendig, dieses Vermögen sinnvoll zu nutzen, um die Welt von morgen zu gestalten. Dazu sollten Investitionen unabhängig von ihrer grundlegenden Zweckbestimmung sozialen und ökologischen Zielen entsprechen, die den entsprechenden Herausforderungen gerecht werden.

- ➔ Eine ehrgeizige und proaktive Investitionspolitik insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheit betreiben
- ➔ Einführung von transversalen Bestimmungen zur sozialen und ökologischen Wohlfahrt für alle Investitionen
- ➔ Verbot für die Pensionskasse des Staatspersonals in fossile Energieträger zu investieren

Kultur & Sport

Kultur ist ein grundlegender Pfeiler des kollektiven Lebens. Sie prägt unser Verhältnis zur Welt, ermöglicht sowohl die Konfrontation als auch den sozialen Zusammenhalt und nährt unsere Vorstellungswelt. In einer Zeit, in der die Wirtschaftslogik dazu neigt, sie auf ein einfaches, uniformes Konsumprodukt zu reduzieren, muss das öffentliche Handeln die Kultur als Hebel der kollektiven Emanzipation neu bekräftigen. Dies erfordert eine ehrgeizige Politik - die der Kanton nie hatte -, die auf Bildung, Unterstützung der Kulturschaffenden und Demokratisierung der Kultur beruht.

Auch der Sport wird immer mehr von der Marktlogik beherrscht. Es ist dringend notwendig, seine emanzipatorische Kraft sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene zu bekräftigen, indem er auf Werte ausgerichtet wird, die auf Partizipation, Solidarität, Selbstüberwindung und Gesundheit basieren.

Für ein Recht auf Kultur

Kultur darf keinesfalls Luxus oder künstlicher Bonus unserer Gesellschaft sein. Sie ist ein Grundrecht und der Garant einer freien Gesellschaft. Die kulturelle Demokratisierung stellt das genaue Gegenteil von elitären Angeboten dar, die von privaten Mäzenen unterstützt werden und die Kultur auf eine enge soziale Schicht beschränken - entre-soi.

Alle Arten von Kultur müssen aufgewertet und für jeden zugänglich gemacht werden. Dies erfordert nicht nur eine Diversifizierung des kulturellen Angebots, sondern auch die Beseitigung finanzieller Hürden, die den Zugang dazu einschränken. Die aktive Unterstützung der Vermittlung und des Experimentierens mit Kunst, von frühester Kindheit an und während des gesamten Lebens, ist für eine echte Demokratisierung der Kultur von entscheidender Bedeutung.

Kultur ist nur in ihrer Vielfalt stark. Daher muss ihre Zugänglichkeit verbessert werden, um Menschen mit verschiedenen Behinderungen einzubeziehen, beispielsweise hörgeschädigte Menschen oder Menschen mit geistigen Behinderungen. Genau wie die Freizeitgestaltung ist auch die Kultur in Bezug auf ihren Zugang noch immer diskriminierend. Es ist deshalb notwendig, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen zu stärken, zu denen auch Jugendliche und Kinder gehören können.

- ➔ Der freie Eintritt in Museen an Sonntagen während der Schulferien
- ➔ Die Einführung eines wahrhaftigen Kulturpasses
- ➔ Eine Stärkung des Stellenwerts der Kunst- und Kulturerziehung in den Schulen
- ➔ Entwicklung der Kultur außerhalb der Agglomerationen nach dem Prinzip der territorialen Gleichheit

Für eine unabhängige und pluralistische Kultur

Die private Finanzierung durch Mäzenatentum birgt ein großes Risiko: Die Vereinheitlichung der Kultur. Kultur ist jedoch von Natur aus pluralistisch. Sie ist ein Raum der Begegnung mit dem Anderssein, eine Kraft, die unsere Orientierungspunkte in Frage stellt und herausfordert. Dies zu bekräftigen, bedeutet anzuerkennen, dass Kultur sich nicht darauf beschränkt, die Erwartungen eines bestimmten Publikums zu erfüllen,

sondern auch die Vielfalt zu fördern und die Entstehung neuer künstlerischer Ausdrucksformen zu begünstigen.

Kultur wird von Menschen gemacht, die sie zum Leben erwecken. Künstler:in oder Kulturschaffende:r ist ein Beruf, der Anerkennung, eine würdige Bezahlung und sozial gerechten Schutz verdient.

Die Arbeitsbedingungen müssen mit den beruflichen Realitäten und dem Ehrgeiz unserer Vision übereinstimmen.

- ➔ Die Einführung eines Betrags von CHF 40 pro Einwohner für das kulturelle Schaffen
- ➔ Die Anerkennung des Status als Kulturschaffende
- ➔ Finanzielle Unterstützung darf nicht von einer bestimmten künstlerischen Ausrichtung abhängig gemacht werden
- ➔ Eine gleichberechtigte Verteilung der Subventionen auf die verschiedenen kulturellen Bereiche und Institutionen

Sport für Alle

Sport darf nicht nur eine Angelegenheit großer Mannschaften und privater Stadien sein, sondern muss eine echte öffentliche Dienstleistung sein. Konkret bedeutet das, dass alle Sportarten zugänglich sein müssen. Alle müssen die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten zu entwickeln, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen oder Behinderung. Wie die Kultur ist auch der Sport von Herrschaftslogiken durchzogen, welche die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft reproduzieren. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, die finanziellen Barrieren für dessen Ausübung zu beseitigen und die Gleichberechtigung innerhalb des Sports zu fördern.

Heutzutage basiert die sportliche Betätigung für alle auf dem menschlichen Engagement und dem Vereinswesen. Diese Bürgerbeteiligung muss nicht nur gefördert, sondern auch anerkannt und unterstützt werden.

Eine Neugewichtung der Subventionen vom Profisport zum Amateursport und vom Männer- zum Frauensport.

- ➔ Eine Unterstützung von 300 Franken pro Jahr für die Zahlung eines Sportbeitrags für Bezüger von Krankenkassenprämienverbilligung
- ➔ Programme zur Bekämpfung von Diskriminierung im Sport
- ➔ Die Schaffung einer Plattform für Freiwillige mit Vorteilen, um ihr Engagement zu fördern